

Stellungnahme des Landtags

durch den Ständigen Ausschuss

zu

a) der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 7. Dezember 2020

– Drucksache 16/9477

Verordnung des Kultusministeriums über den Schulbetrieb unter Pandemiebedingungen (Corona-Verordnung Schule – CoronaVO Schule)

b) der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 7. Dezember 2020

– Drucksache 16/9481

Vierte Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung der Verordnung über den Betrieb der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen unter Pandemiebedingungen (Corona-Verordnung Kita – CoronaVO Kita)

Stellungnahme

Der Landtag nimmt von den nachfolgenden Mitteilungen Kenntnis:

1. Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 7. Dezember 2020 – Drucksache 16/9477;

2. Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 7. Dezember 2020 – Drucksache 16/9481.

16. 12. 2020

Der Berichterstatter:

Dr. Rainer Podeswa

Der Vorsitzende:

Dr. Stefan Scheffold

Bericht

Der Ständige Ausschuss beriet in öffentlicher Sitzung die Mitteilungen Drucksachen 16/9477 und 16/9481 in seiner 51. Sitzung am 16. Dezember 2020.

Vorsitzender Dr. Stefan Scheffold teilte eingangs mit, der Landtag habe mit Beschluss vom 30. September 2020 betreffend Verfahrensregelung zur Beteiligung des Landtags gemäß § 3 des Gesetzes zum Erlass infektionsschützender Maßnahmen (vgl. Drucksachen 16/8859 und 16/8875) in Verbindung mit § 26 Absatz 4 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtags den Ständigen Ausschuss ermächtigt, über diese Beratungsgegenstände für den Landtag abschließend zu entscheiden.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP legte dar, er habe am Vortag gelesen, dass die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport ab dem 11. Januar 2021 den Präsenzunterricht in Aussicht gestellt habe. Deshalb interessiere ihn, welche Maßnahmen sie zum Schutz der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schülerinnen und Schüler zu ergreifen beabsichtige, beispielsweise hinsichtlich Schnelltests oder Luftfilteranlagen.

Abg. Dr. Stefan Fust-Blei SPD äußerte, er müsse grundsätzliche Kritik am Vorgehen der Landesregierung und insbesondere der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport üben. Denn die Abgeordneten seiner Fraktion hätten – auch wenn sie grundsätzlich für den Präsenzunterricht seien – seit Juni gefordert, auch alternative Formate für den Unterricht einzuführen.

Noch im November hätten die Abgeordneten seiner Fraktion die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie, wenn sie von ihrer einseitigen Fokussierung auf den Präsenzunterricht nicht abrücke und auch keine Vorbereitungen für Hybridunterricht treffe, steigende Infektionszahlen und damit auch die komplette Schließung riskiere. So habe es der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag am 25. November in einer Pressemitteilung formuliert.

Genau das treffe nun im Wesentlichen bis auf wenige Ausnahmen zu. Dies sei ein Versagen an der Spitze des Kultusministeriums. Bereits ab dem Sommer hätten Konzepte eingeübt werden müssen, um zu vermeiden, viele Schülerinnen und Schüler vorzeitig in die Ferien entlassen zu müssen, obwohl der Druck, den Stoff zu vermitteln, bereits derzeit schon sehr groß sei. Dieses Verhalten der Ministerin löse bei den Lehrerinnen und Lehrern vor Ort sowie auch bei den Eltern vor Ort Frust aus. Er nutze die Gelegenheit, dazu aufzufordern, sich bereits derzeit zu überlegen, was nach dem 10. Januar 2021 gelten solle.

Es bestehe Einigkeit darüber, dass der Präsenzunterricht der pädagogisch beste Unterricht sei, doch ab Mai sei absehbar gewesen, dass die zweite Welle komme. Auch die nun festgelegten schärferen Lockdown-Maßnahmen seien absehbar gewesen. Leider sei nicht damit gerechnet worden, dass die zur Verfügung stehende Zeit nicht genutzt werde, um die Schulen besser vorzubereiten und auch mehr in die Fortbildung zu investieren. Die Schülerinnen und Schüler müssten dies jetzt ausbaden, und dies müsse ausdrücklich und in aller Schärfe kritisiert werden.

Vorsitzender Dr. Stefan Scheffold stellte fest, der aktuelle Lockdown sei nicht nur für die Schulen in Baden-Württemberg angeordnet worden, sondern für alle Länder, und zwar auch solche, die diese Maßnahme für ihre Schulen nicht für angezeigt gehalten hätten. Im Übrigen seien, wenn er sich richtig erinnere, derzeit unter 1 000 Klassen von über 65 000 Klassen in der Quarantäne gewesen. Von einem flächendeckenden großen Problem könne somit nicht gesprochen werden. Dazu könne jedoch auch eine andere Auffassung vertreten werden.

Abg. Raimund Haser CDU brachte vor, er schließe sich den Ausführungen des Ausschussvorsitzenden ausdrücklich an. Dafür, dass es nun einen Lockdown gebe, seien nicht Infektionsereignisse an den Schulen ursächlich gewesen, sondern vielmehr die Tatsache, dass es den Menschen nur schwer zu vermitteln wäre, Kinder in Bussen in die Schule fahren zu lassen oder zusammen zu unterrichten, während Einzelhandelsgeschäfte schließen müssten. Zu erwähnen sei ferner, dass es ein Beschluss der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin gewesen sei, welcher zu dem Lockdown geführt habe, und weniger eine Entscheidung auf Landesebene.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU äußerte, Eltern, Schüler und Lehrer wünschten sich ganz eindeutig, dass so viel Präsenzunterricht geboten werde wie irgendwie möglich. Die aktuelle Coronalage habe zumindest in seiner Region nach seiner Wahrnehmung nicht zu einem Stimmungsumschwung geführt; denn die Eltern bekämen mit, dass die Wahrscheinlichkeit, sich in der Schule zu infizieren, relativ gering sei, wenn die üblichen Verhaltensregeln beachtet würden. Deshalb warne er davor, den Eindruck zu erwecken, die von Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD geäußerte Meinung wäre eine landesweite Meinung.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD stellte klar, niemand habe von Klassen in Quarantäne gesprochen. Es gehe vielmehr darum, dass für Schulen der Präsenzunterricht bis zum 10. Januar 2021 untersagt sei. Dies hätte nach Auffassung der Abgeordneten seiner Fraktion vermieden werden können, wenn das, was sie seit Juli angemahnt hätten, umgesetzt worden wäre. Denn dann wäre zumindest ein Wechselunterricht oder ein wesentlich stärkerer Fernunterricht möglich gewesen. Hier sei aus Sicht der Abgeordneten seiner Fraktion schlichtweg versagt worden, und dies kritisiere er.

Abg. Emil Sänze AfD merkte an, aus seiner Sicht sollten die Maßnahmen ergriffen werden, die notwendig seien. Kriterium sollte nicht sein, ob sich jemand an etwas störe.

Staatssekretär Volker Schebesta führte aus, er nehme zur Kenntnis, dass es in der laufenden Sitzung eher weniger um die beiden auf der Tagesordnung stehenden Mitteilungen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport sowie die Beteiligungsmöglichkeiten des Landtags hinsichtlich der erlassenen Verordnungen gehe. Er wolle einer stringenten Beratung, wie sie im Ständigen Ausschuss üblich sei, nicht entgegenstehen.

Die SPD versuche die ganze Zeit, zu sagen, die Situation, die es derzeit gebe, gäbe es nicht, wenn an der Schule etwas anders gemacht worden wäre.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD widersprach dieser Darstellung.

Staatssekretär Volker Schebesta betonte, genau so werde argumentiert. Es werde erklärt, wenn früher mit anderen Maßnahmen gearbeitet worden wäre, wäre der Lockdown nicht notwendig gewesen. Damit werde jedoch unterstellt, dass durch Schulen und Kitas ein entscheidender Beitrag zum Infektionsgeschehen geleistet worden wäre. Dem sei jedoch nicht so. Es sei nicht so, dass Schulen einen entscheidenden Beitrag zu den Steigerungen der Infektionszahlen leisten würden; vielmehr kämen die Steigerungen im Infektionsgeschehen aus anderen Bereichen.

Inzwischen habe jedoch das Infektionsgeschehen insgesamt ein Niveau erreicht, welches aus Sicht der Landesregierung keine Wahl lasse, anders zu verfahren. Die Maßnahmen vom November mit schwerwiegenden, aber nicht so weit gehenden Einschränkungen hätten zu einer anfänglichen Stagnation der Neuinfektionen geführt, hätten jedoch nicht verhindert, dass es Ende November/Anfang Dezember mit den Neuinfektionen wieder nach oben gegangen sei und es deshalb erforderlich sei, wieder zu reagieren, wenn beabsichtigt sei, eine Aussicht haben zu wollen, das Infektionsgeschehen wieder in den Griff zu bekommen.

Auf dem Niveau, auf dem sich das Land derzeit bewege, seien deshalb unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche betroffen, u. a. leider auch der Bildungsbereich.

Es bleibe dabei, dass alle ein großes Interesse daran hätten, dass im Interesse des Bildungserfolgs der Schülerinnen und Schüler und im Interesse der Kinder, soweit es verantwortbar sei, ein Präsenzunterricht ermöglicht werden sollte und alles dafür getan werden sollte, dies zu gewährleisten.

Er erinnere daran, dass die Novembermaßnahmen durch die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten damit begründet worden seien, dass viele Einschränkungen vorgenommen würden, um zu gewährleisten, dass Schülerinnen und Schüler in Präsenz an den Schulen bleiben könnten und dass Kinder in der frühkindlichen Bildung in die Kindertageseinrichtungen gehen könnten.

Es sei politischer Wille gewesen, z. B. die Gastronomie zu schließen, um in anderen Bereichen wie dem Bereich Bildung keine weiter gehenden Einschränkungen vornehmen zu müssen.

Das sei keine einsame Entscheidung gewesen, die irgendwo in einem Ministerium in Baden-Württemberg oder in Deutschland getroffen worden wäre, sondern der klare politische Wille, den Präsenzunterricht und die Präsenz in der frühkindlichen Bildung aufrechtzuerhalten, soweit es vom Infektionsgeschehen her möglich sei. Mit den Novembermaßnahmen sei versucht worden, dies zu erreichen. Es sei nicht gelungen. Das Infektionsgeschehen zwingt dazu, weitere Maßnahmen zu ergreifen, und deshalb sei nunmehr entschieden worden, den Präsenzunterricht so einzuschränken, wie es ab dem heutigen Tage erfolge.

Im Unterschied zu den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses, die nicht Mitglied des Schulausschusses seien, habe Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD Gelegenheit gehabt, sich mit dem Präsidenten des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) darüber auszutauschen, was im ZSL alles angeboten worden sei. Deshalb weise er die Aussage, es hätte keine Fortbildungsmaßnahmen für Fernunterricht und digitale Angebote gegeben, zurück. Die Angebote seien deutlich ausgeweitet worden und seien auch auf die Formate, die in der aktuellen Zeit notwendig seien, angepasst worden.

Auch das Ministerium wolle Präsenzunterricht und hoffe daher, dass die Maßnahmen, die nun ergriffen worden seien, dazu führten, dass das Ziel der Maßnahmen, bei den Infektionszahlen zumindest zu einer Stagnation zu kommen, ohne so weit gehende Einschränkungen vornehmen zu müssen, erreicht werde. Auf dieser Grundlage könnten dann auch wieder Öffnungen vorgesehen werden. Das Ministerium habe ein Interesse daran, dass das im Bereich Schule und im Bereich frühkindliche Bildung möglichst schnell geschehe.

Er bitte jedoch um Verständnis, dass derzeit noch nicht abgeschätzt werden könne, welches Niveau die Infektionszahlen erreicht hätten, wenn zu gegebener Zeit darüber entschieden werde, wie ab dem 11. Januar 2021 zu verfahren sei; denn dies hänge von der Wirkung der Maßnahmen ab, die nun getroffen würden. Natürlich gebe es dafür unterschiedliche Überlegungen; es sei jedoch nicht sinnvoll, diese in den Raum zu stellen, weil sie davon abhingen, auf welcher Grundlage hinsichtlich der Inzidenzzahlen diese Szenarien angegangen werden könnten. Er erinnere daran, dass es eine Zeit gegeben habe, in der über das Vorgehen bei Inzidenzen von 30 oder 50 diskutiert worden sei, und schon eine Woche später seien die Inzidenzzahlen erheblich höher gewesen, und zwar nicht nur in einzelnen Stadt- und Landkreisen, sondern in vielen Stadt- und Landkreisen. Deshalb sei es nicht zielführend, sich derzeit über das Szenario, das in zwei bis drei Wochen vorliegen könnte, das derzeit jedoch noch völlig unbekannt sei, auszutauschen. Es sei unstrittig, dass es dafür Vorbereitungen und Grundlagen gebe, aber die Entscheidung, wie letztlich reagiert werde, werde erst dann auf der Grundlage der dann vorhandenen Situation getroffen werden müssen. Dies werde auch weiterhin Aufgabe sein.

Abg. Jonas Weber SPD äußerte, er sei verwundert darüber, dass Staatssekretär Volker Schebesta in der laufenden Sitzung offenbar feststellen könne, die Hygienekonzepte, die Konzepte in der Schule und die Bildungspolitik der Landesregierung hätten offensichtlich mit dem Infektionsgeschehen zu tun. Dies stehe in diametralem Widerspruch zu dem, was die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sowie die Bundeskanzlerin festgestellt hätten, dass es nämlich ein diffuses Infektionsgeschehen gebe. Das Kultusministerium müsse sich entscheiden: Entweder es sei möglich, mit Sicherheit alles abzuklären, oder es liege ein diffuses Infektionsgeschehen vor. Er stelle daher die Frage, die er bereits in der vergangenen Sitzung des Ständigen Ausschusses an die Kultusministerin gerichtet habe, in der laufenden Sitzung noch einmal, wie es dann sein könne, dass beispielsweise die Stadt Baden-Baden mitteile, dass sie keinen Entlastungsverkehr bei den Schulbussen hinbekomme, weil sie die erforderlichen Fördermittel nicht erhalte, was die Kultusministerin habe einräumen müssen. Er warte noch immer auf eine Lösung, damit es im ländlichen Raum flächendeckend Entlastungsverkehre gebe. Denn Entlastungsverkehre seien eine konkrete Maßnahme, um das Infektionsrisiko im Zusammenhang mit dem Schulunterricht zu verringern.

Staatssekretär Volker Schebesta erklärte, es habe Fördermaßnahmen für Entlastungsverkehre und auch Nachbesserungen bei den Konditionen für die Entlastungsverkehre gegeben. Finanzierung, Unterstützung, Förderung und Förderbedingungen lägen jedoch nicht im Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums, sondern in dem des Verkehrsministeriums. Für die organisatorische Umsetzung wiederum seien die Kommunen zuständig.

Abschließend stellte er klar, es sei ein Unterschied, ob, wie Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD es getan habe, zum Ausdruck gebracht werde, wenn diese oder jene Maßnahme ergriffen worden wäre, dann hätte es nicht zu einem erneuten Lockdown kommen müssen, und damit erklärt werde, dass es einen originären Beitrag von Schule und Kita zum Infektionsgeschehen gegeben habe, oder ob es, wie Abg. Jonas Weber SPD es erklärt habe, ein diffuses Infektionsgeschehen gebe. Deshalb sollte Abg. Jonas Weber SPD mit Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD absprechen, welche Auffassung sie für ihre Fraktion verträten.

Nach Auffassung des Kultusministeriums gebe es ein diffuses Infektionsgeschehen, und deshalb werde mit verschiedenen Maßnahmen reagiert. Doch für den Schluss, dass der Beitrag von Schule der entscheidende dafür sei, dass es ein diffuses Infektionsgeschehen gebe, lägen bisher keine Belege vor.

Abg. Thomas Hentschel GRÜNE betonte, beim Schülerverkehr sei deutlich nachgebessert worden. 95 % der Kosten für zusätzliche Schulbusse würden vom Land übernommen. In Baden-Baden bestehe das Problem im Gegensatz zum Landkreis darin, dass nicht genügend Busse und Fahrer zur Verfügung stünden. Dies habe mit den Förderbedingungen des Landes nichts zu tun. Das Land stelle so viel Geld zur Verfügung, dass theoretisch jede Schule mit der doppelten Buszahl versorgt werden könnte.

Der Ausschuss beschloss ohne förmliche Abstimmung für den Landtag, von den Mitteilungen Kenntnis zu nehmen.

28. 12. 2020

Dr. Podeswa